

Newsletter aus Europa No. 17 (März 2011)

**In diesem Newsletter finden Sie:**

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

**Aktuelles aus Straßburg**

**Gleichstellungsbericht 2010**

Auch wenn die Gleichstellung ein Grundprinzip der Europäischen Union darstellt, so ist sie noch lange nicht Realität. Das stellte auch der Gleichstellungsbericht fest, zu dem am 8. März abgestimmt wurde. Trotz besserer Abschlüsse sucht man Frauen in den Chefetagen meist vergeblich. Oft werden sie für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt. Ein 'Ja' zum Kind, wird häufig zum 'Aus' für die Karriere.

Als Liberale setzen wir auf Leistung. Aber wenn es Frauen nicht ermöglicht wird, ihr Können unter Beweis zu stellen, dann müssen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Konsequenzen ziehen. Eine alternde Gesellschaft muss die Talente der Mädchen und Frauen fördern. Die EU braucht mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Um dies zu erreichen, müssen wir u.a. für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sorgen. Auch der Ausbau von Kinderbetreuung und die Professionalisierung häuslicher Altenpflege sind von großer Wichtigkeit. Außerdem geht es darum, Probleme früher anzupacken. Bereits in der Schule sollte versucht werden, Mädchen und Jungen für jegliche Fächer und damit später potentielle Berufsfelder zu begeistern und der Stereotypisierung vorzubeugen.

Mit Blick auf die nächste Dekade nahm am 7. März der Rat der europäischen Arbeits- und Sozialminister den Europäischen Gleichstellungspakts 2011-2020 an. Auch hier wird auf die Notwendigkeit noch ausstehender Verbesserungen bei der Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, eine bessere "Work-Life-Balance", sowie Lohnunterschiede u.a. verwiesen.

Die Errungenschaften, die Europa in den letzten Jahrzehnten in Sachen Gleichstellung erreicht hat, müssen in der kommenden Dekade gefestigt und verteidigt werden. Wir müssen sie aber auch nach außen tragen, wenn wir mit Ländern außerhalb der EU zu tun haben. Immer wieder werden die Rechte von Mädchen und jungen Frauen - oft unter dem Deckmantel der Religion - unterdrückt. Jedes Mädchen und jede Frau muss aber das Recht haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bildung ist der Schlüssel dazu. Eine Doppelmoral können wir uns hier nicht leisten.

**Editorial**



*Liebe Leserinnen und Leser,*

*meinen weiblichen Lesern möchte ich auf diesem Wege meine besten Wünsche zum 100. Internationalen Frauentag übermitteln. Den männlichen Lesern sei gesagt, dass es auch einen Internationalen Männertag gibt, der seinen Ursprung am 19. November 1999 in Trinidad und Tobago hat. Wir befinden uns also auf dem richtigen Weg in Richtung Gleichstellung - und zwar für Frauen und Männer.*

*Dass auf diesem Weg noch so einiges zu tun bleibt, zeigen jedoch zahlreiche Studien und Artikel, die im Rahmen des Frauentags veröffentlicht wurden. Ich würde mir nur wünschen, dass das Thema nicht nur einmal im Jahr, eben um den 8. März herum, sozusagen in "geballter Ladung" diskutiert würde, sondern stetig an mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt gearbeitet würde.*

*Doch nicht nur um uns Frauen soll es in diesem Newsletter gehen, obwohl dies den Schwerpunkt dieser Ausgabe darstellt. Beschäftigt hat uns diese Woche auch wieder das ungarische Mediengesetz. Die OSZE warnt, dass selbst das geänderte Gesetz noch immer gegen die Pressefreiheit verstößt.*

*Auch von meiner Studienreise nach Indien und der Teilnahme an der Tagung der Katholischen Akademie zum Thema "Illegalität" möchte ich Ihnen kurz berichten.*

*Bei diesen und weiteren Themen wünsche ich Ihnen gute Lektüre,*

*Ihre Nadja Hirsch*

Newsletter aus Europa No. 17 (März 2011)

## **Stichwort Internationaler Frauentag**

In diesem März jährt sich zum hundertsten Mal der Internationale Frauentag. Spätestens zu Zeiten der Industrialisierung wurde offensichtlich, dass ein höherer Anteil von Frauen in der Arbeiterschaft vonnöten war, um den stark wachsenden Bedarf nach Arbeitskräften zu decken. Dennoch nutzte man ihre noch schwache Verhandlungsposition aus, um sie unter weit schlechteren Bedingungen zu bezahlen und arbeiten zu lassen als ihre männlichen Kollegen. Auch das Frauenwahlrecht gab es Ende des 19. Jahrhunderts noch nirgends in Europa. Anfang des 20. Jahrhunderts formierten sich die Frauen und streikten für ihre Rechte. Im März 1911 kamen sie in mehreren Ländern in Massen zusammen, um bessere Arbeitsbedingungen und auch das Wahlrecht einzufordern. Dies wird weitgehend als Geburtsstunde des internationalen Frauentags bezeichnet.

## **Roma-Strategie**

Am 9. März verabschiedete das Parlament mit großer Mehrheit einen Entschließungsantrag, der eine Strategie für die geschätzten 10-12 Millionen Roma in der EU vorschlägt. Insbesondere geht es darin um das Problem der Armut, der sozialen Ausgrenzung sowie der Diskriminierung der Gemeinschaft der Roma - der größten ethnischen Minderheit in der EU. Der Antrag fordert, Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene vorzunehmen, die gewährleisten, dass Roma gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wohnungswesen haben und Frauenrechte gestärkt werden. In den Mitgliedstaaten sollen verbindliche Mindeststandards gewährleistet werden; bei Unterlassung drohen Sanktionen.

Die Forderungen im Entschließungsantrag sind nachvollziehbar und stellen das Ausmaß des Problems, vor dem ganz Europa steht, dar. Dennoch müssen wir uns im Klaren darüber sein, dass die Maßnahmen, die darin gefordert werden, vor Ort umgesetzt werden müssen. Gerade hier sehe ich Schwierigkeiten auf uns zukommen, denn lokale Stellen könnten mit der Aufgabe schlichtweg überfordert sein, sowohl was die Finanzierung als auch personelle Kapazitäten angeht.

Die Kommission plant indes, ihren Vorschlag für eine Roma-Strategie am 5. April zu veröffentlichen - nur einige Tage vor dem Internationalen Roma-Tag (8. April). Im Gegensatz zum Vorschlag des Parlaments setzt die Kommission auf einen Rahmen für nationale Strategien. Dies würde auch der unterschiedlichen Situation der Roma in den Mitgliedstaaten gerecht werden. Die ungarische Ratspräsidentschaft, für die die Situation der Roma eine Priorität darstellt, hofft auf eine Verabschiedung im Rat bis Ende Juni.

## **Ungarisches Mediengesetz**

Aus Sicht der OSZE verstößt das ungarische Mediengesetz trotz Änderungen noch immer gegen die Pressefreiheit. Die Gesetzgebung könnte auch weiterhin zur Unterdrückung von oppositionellen und unabhängigen Meinungen missbraucht werden. Auch die Medienbehörde und der Medienrat hätten ungewöhnlich viel Macht und könnten somit sämtliche Inhalte aller Medien kontrollieren. Die Medien müssten sich auch weiterhin ohne Ausnahmen registrieren, bei Verstoß drohen hohe Strafzahlungen. Das Gesetz würde die politische Unabhängigkeit öffentlich-rechtlicher Medien nicht garantieren.

Das Europäische Parlament verabschiedete diesbezüglich am 10. März einen Entschließungsantrag, in dem es die ungarische Regierung aufruft, das Mediengesetz hinsichtlich der Kommentare und Vorschläge des Europäischen Parlaments, der OSZE sowie des Menschenrechtskommissars des Europarats zu überprüfen. Die Liberalen bemängeln, dass die Änderungen nicht weit genug gehen. Wenn die EU, andere Länder zur Einhaltung der Pressefreiheit aufruft, kann sie Missstände in ihren eigenen Reihen nicht tolerieren.

## **Aktuelles aus den Ausschüssen**

### **Tagung der Katholischen Akademie zum Thema "Illegalität"**

Am 2. März war ich zur Eröffnung der Tagung der Katholischen Akademie zum Thema "Illegalität" eingeladen. Während das Problem bei dieser Veranstaltung ganz offen in verschiedenen Podiumsdiskussionen und Workshops diskutiert wurde, würden manche wohl lieber den Kopf in den Sand

Newsletter aus Europa No. 17 (März 2011)

stecken und das Thema ausblenden. Angesichts der 3 bis 8 Millionen Migranten ohne Papiere in der EU, von denen sich alleine zwischen 196.000 und 456.000 in Deutschland aufhalten, sollte dies aber schwierig sein.

Was wir brauchen, ist ein 'Europäischer Pakt zum Schutz von Menschen ohne Papiere'. Deutschland sollte hier unbedingt eine Vorreiterrolle übernehmen - eine Herausforderung für den neuen Bundesinnenminister Friedrich. Als Lösungen werden immer wieder die Abwehr illegaler Einwanderung durch verstärkte Grenzzusammenarbeit, Rückführungsabkommen oder Sanktionen für Arbeitgeber, die Schwarzarbeiter anheuern, angeführt. Wir müssen aber auch Lösungen für diejenigen finden, die schon bei uns sind. Darunter fallen beispielsweise ein besserer Schutz vor Menschenhandel und Ausbeutung. Ganz konkret geht es aber auch darum, illegalen Einwanderern zu ermöglichen, zum Arzt zu gehen oder ihre Kinder zur Schule zu schicken. Denn selbst wenn diese Menschen illegal in Europa eingereist sind, gelten auch für sie die Menschenrechte. Denn die sind universell.

### EU- International: "Incredible India" – Ein Land voller Gegensätze



Ende Februar hatte ich die Möglichkeit mit CHETNA, einer indischen NGO, die sich für die Belange von Frauen, Kindern und Jugendlichen aus sozialschwachen Schichten im Gesundheits- und Ernährungsbereich einsetzt, nach Indien (Gujarat und Rajasthan) zu fahren. Organisiert hatte dies das Parlamentarische Forum für Entwicklung. Uns ging es vor allem darum, uns ein Bild der Situation von Frauen und Mädchen in Indien zu machen.

Die größte Demokratie der Welt zeigte sich als ein Land der Gegensätze. Einerseits durchlebt Indien eine rasante wirtschaftliche Entwicklung und die Bevölkerungszahl wird bereits in ein paar Jahrzehnten die Chinas überschreiten, andererseits stirbt im

Durchschnitt alle sieben Minuten eine Frau während der Geburt - eine erschreckende Zahl. Wenn heutzutage in Deutschland eine Frau bei der Geburt stirbt, geht dies kreuz und quer durch die Medien. In Indien ist es schlichtweg Alltag. Es wurden zwar viele Gesetze erlassen, z.B. das Heiratsalter auf 18 Jahre hoch gesetzt, ein Recht auf Bildung eingeführt, aber leider finden diese Gesetze keine Anwendung im Alltag der Bevölkerung. Hier muss die indische Regierung - aber auch wir als EU - mit Nachdruck auf bessere Umsetzung drängen. Für uns im Europäischen Parlament bedeutet das zum Beispiel, für einen besseren Kontakt zwischen den Europäischen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen wie CHETNA zu sorgen, aber auch beim Abschluss von Internationalen Handelsabkommen stärker auf diese Aspekte zu achten



### Aktuelles aus den Delegationen

#### Kroatien: Kommission stellt Zwischenbericht zu Fortschritten im Justizbereich vor

Am 2. März besuchte Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik, das Europäische Parlament, um einen Zwischenbericht zum Stand der Reformen im Bereich des Justizwesens und der Menschenrechte vorzustellen. Der Bericht weist zwar auf die Fortschritte in diesem Bereich hin, mahnt aber nach wie vor Mängel, vor allem in vier Bereichen an: Justizwesen, Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte, Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY). Darunter fallen Mängel bei der Ernennung von Richtern, Rückstände bei der Bearbeitung von Gerichtsfällen, v.a. im Bereich Korruption und organisiertes Verbrechen, die Rechte von Minderheiten und rückkehrenden Flüchtlingen, verschwundene Dokumente im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen. Der Kommissar verwies darauf, dass das Ziel weiterhin sei, die Verhandlungen bis Juni 2011 abzuschließen. Es komme ihm aber vor allem auf "Substance rather than timing" an - es geht also um die Substanz, nicht den Zeitplan.

Newsletter aus Europa No. 17 (März 2011)

In Kroatien finden spätestens im November dieses Jahres Wahlen statt. Eine Verzögerung der Beitrittsverhandlungen könnte sich negativ auf die Regierungspartei auswirken. Auch wäre es dann nicht möglich, das noch ausstehende Referendum, in dem die Kroaten ihre Meinung zum EU-Beitritt abgeben, zusammen mit den Wahlen abzuhalten.

## Aktuelles aus dem Wahlkreis

### Einladung: Gesprächsabend mit den Liberalen München Süd-West zum Dahrendorf-Kreis

Die FDP braucht eine Debatte über die Frage, was ein moderner, ganzheitlicher Liberalismus im 21. Jahrhundert leisten können muss. Wir müssen die vielfältige Themenkompetenz der FDP wieder in den Vordergrund rücken. Um genau diese Vielfältigkeit und die Ganzheitlichkeit des Liberalismus zu stärken, habe ich mich mit meinen Kollegen zum Dahrendorf-Kreis zusammengeschlossen. Wir suchen die Koordinaten für einen Liberalismus, der weit über das rein Ökonomische hinausgeht und so an unser themenreiches, liberales Erbe anknüpft.

Am 21. März möchte ich Ihnen auf dem 2. Gesprächsabend der Liberalen München Süd-West mehr zu den Überlegungen des Dahrendorf-Kreis berichten. Wo führt die Reise hin? Wie wollen wir arbeiten und wie werden wir uns in die Grundsatzdebatte einbringen? Treffpunkt ist Montag, 21. März, 19.30 Uhr, Villa Flora, Hansastr. 44, 80686 München.

### Politischer Aschermittwoch in München

Prominenter Gast und Hauptredner der diesjährigen Aschermittwochsveranstaltung war Bundesaußenminister Guido Westerwelle. Generalsekretärin Miriam Gruß, der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil sowie die Landesvorsitzende und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sorgten für hochkarätige Besetzung in Straubing, Niederbayern, wo schon im letzten Jahr die Veranstaltung des Landesverbands Bayern stattfand. Den vielfältigen Reden gemein war die Schlussfolgerung, dass Europa wichtiger denn je ist und dass nur ein gemeinsames Handeln und ein Miteinander ein Europa in Freiheit und Wohlstand sichern kann.



Die Julis Bayern haben sich mit einer Aktion vor den Türen des politischen Aschermittwochs für die Vereinheitlichung des Mehrwertsteuersystems stark gemacht. Unter dem Motto: "Aus zwei macht eins: Hier heiraten die Mehrwertsteuersätze!" haben sie die symbolische Hochzeit des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7% mit dem normalen Steuersatz von 19% gefeiert.

Ein weiterer Höhepunkt war die Abendveranstaltung in meiner Heimatstadt München. Beim traditionellen Fischessen gab Generalsekretär Christian Lindner eine politisch raffinierte Rede ganz im Sinne der Aschermittwochstradition zum Besten: mit intelligentem Witz wusste er die Schwachpunkte der anderen Parteien aufzuzeigen und für eloquente Unterhaltung zu sorgen. Alles in Allem ein sehr gelungener Aschermittwoch in Bayern.

### JuLi Aktionstag: "Netzsperrern sind nur heiße Luft"

Am 28. Februar demonstrierten auf dem Münchner Rindermarkt die Jungen Liberalen Bayern und München gegen die Einführung einer EU-weiten Internetsperrinfrastruktur im Kampf gegen Kinderpornographie. Zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Jimmy Schulz ließen wir rote Luftballons mit der Aufschrift "STOP - Netzsperrern sind nur heiße Luft" steigen. Die Aktion sollte verdeutlichen, dass Netzsperrern letzten Endes nicht hilfreich sind, da sie einfach zu umgehen sind und das Problem kinderpornographischer Inhalte im Internet nicht an der Wurzel packen. Daher fordern die Liberalen "Löschen statt Sperren".



Vor allem unter dem Aspekt des Opferschutzes ist das Löschen von kinderpornographischen Seiten die einzige konsequente Maßnahme, um den Betroffenen die Rückkehr in ihr Leben zu ermöglichen. Das

Newsletter aus Europa No. 17 (März 2011)

Löschen von Seiten ist – wie auch das schnelle Entfernen von Phishing-Seiten zeigt – weltweit möglich. Jimmy Schulz unterstrich zudem die Gefahr von Netzsperrern für den Rechtsstaat. Die Technik, die zur Sperrung von Internetseiten notwendig sei und zum Aufbau einer kompletten Infrastruktur führe, könnte zur Zensur von beliebigen Inhalten im Internet befähigen und somit die Presse- und Meinungsfreiheit – zwei der höchsten Güter unseres Rechtsstaats – gefährden.

## Was macht eigentlich das Büro von MdEP...

### Charles Goerens

Herr Charles Goerens ist Abgeordneter aus Luxemburg und Mitglied des Vorstands der ALDE. Er ist Mitglied im Entwicklungsausschuss und im Unterausschuss Menschenrechte. Stellvertretend sitzt er im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, dem Haushaltsausschuss, dem Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise sowie dem Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013. Herr Goerens war bereits von 1982 bis 1984 sowie von 1994 bis 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 1999 bis 2004 war er in der Regierung von Jean-Claude Juncker Verteidigungsminister und für kurze Zeit auch Außenminister Luxemburgs.



#### 1. Im Hinblick auf Ihre langjährige politische Erfahrung, was war für Sie der faszinierendste, was das schockierendste Moment?

Der faszinierendste Moment während meiner Zeit als Politiker war sicherlich der Fall der Berliner Mauer und die darauffolgende Wiedervereinigung. Das Ereignis, das mich am meisten schockiert hat, war der Balkankrieg und das Massaker von Srebrenica.

#### 2. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten, politischen Prioritäten der EU im kommenden Jahrzehnt?

Die grösste politische Priorität hat meiner Ansicht nach die Erweiterung und die damit zusammenhängende Kohäsionspolitik der EU. Die EU muss sich unbedingt stark positionieren in der sich ständig wandelnden internationalen Konstellation.

#### 3. Stellen Sie sich vor, Sie bekämen die einzigartige Gelegenheit, eine Politik Ihrer Wahl ohne vorherige Konsultation umzusetzen – was würden Sie vorschlagen?

Das wäre, eine Balance zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension zu schaffen und diese nach außen und nach innen zu profilieren.

#### 4. Welche aktuelle europäische Frage ist aus Ihrer Sicht als luxemburgischer Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Bürger Luxemburgs derzeit von großer Relevanz und wieso?

Die EU hilft Luxemburg durch Krisen zu gehen und Herausforderungen gemeinsam anzupacken und durchzustehen. Ohne die EU wäre es für ein Land wie Luxemburg gar nicht denkbar eine Krise zu überstehen. Die Herausforderungen betreffen u.a. die Themen Wirtschaft, Haushalt und Klima.

#### 5. Wenn Sie die Bürger in Bayern mit maximal 2 Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

Wir können den Besuchern nur vorschlagen Luxemburg zu besuchen, da das ganze Land ein einziger Wahlkreis ist.

## Termine - Rückschau

|              |  |           |
|--------------|--|-----------|
| 20.-27. Feb. | „Situation von Frauen und Mädchen in Indien“ mit der Hilfsorganisation Centre for Health, Education, Training and Nutrition Awareness (CHETNA)                         | Indien    |
| 28. Feb.     | JuLi Aktionstag zu „Löschen statt Sperren“   | München   |
| 02. März     | Sprecherin auf der VII. Jahrestagung der Katholischen Akademie Berlin: Illegalität - Anpassung an die Realität? Wege zu politischen Antworten auf irreguläre Migration | Berlin    |
| 09. März     | Politischer Aschermittwoch mit Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Außenminister Guido Westerwelle   | Straubing |
| 09. März     | Politischer Aschermittwoch - Festredner: Christian Lindner   | Pasing    |

## Termine - Vorausschau\*

|              |   |          |
|--------------|---|----------|
| 16. März     | Abstimmungen zu meinem Bericht zur Beruflichen Aus- und Weiterbildung im EMPL-Ausschuss   | Brüssel  |
| 16. März     | Treffen mit Ran Curiel, israelischer Botschafter zur EU/NATO zu den Beziehungen EU-Israel sowie den aktuellen Ereignissen im Nahen Osten          | Brüssel  |
| 17. März     | Parlamentarisches Frühstück zur EU-Migrationspolitik "Eine Chance für Entwicklung"  | Brüssel  |
| 17. März     | CEDEFOP-Veranstaltung: "A bridge to the future: European vocational education and training policy" (Europäischer Wirtschafts- u. Sozialausschuss) | Brüssel  |
| 18. März     | Diskussion mit Schülern im Rahmen der Planspielreihe "Europas Klima wandeln"  | Nürnberg |
| 21. März     | 2. Gesprächsabend der Liberalen Süd-West mit Nadja Hirsch MdEP zum Dahrendorf-Kreis   | München  |
| 22. März     | Kongress der WELT-Gruppe: "Frauen im Top-Management"  | Berlin   |
| 23. März     | Besuch einer Delegation des EU-Projekts "Promotion of CSR and Formation of CSR Network in Croatia"  | Brüssel  |
| 23.-24. März | Programm mit der Besuchergruppe aus dem Wahlkreis   | Brüssel  |
| 24. März     | Arbeitsfrühstück mit Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellv. Ministerpräsident                         | Brüssel  |
| 30. März     | Mitgliederversammlung der FDP München   | München  |
| 03. April    | Auftaktveranstaltung des Dahrendorf-Kreises   | Berlin   |

\*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen

## Aus dem "EU-Jargon"

### OMK = Offene Koordinierungsmethode

Inbesondere im Bereich "Soziales" hat die EU kaum Kompetenzen. Das bedeutet, dass die Regierungen der EU Mitgliedstaaten statt europaweiter Vorschriften ihre eigenen Regeln und Maßnahmen festlegen. Um Probleme zu vermeiden, die mehrere Mitgliedstaaten zugleich betreffen, wäre es jedoch manchmal sinnvoller, würden Regierungen Informationen oder Erfahrungen untereinander austauschen und ihre nationalen Maßnahmen besser aufeinander abstimmen.

In der EU hat man für solche Fälle die "Offene Koordinierungsmethode", kurz OMK, entworfen. Die OMK ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten zur politischen Kooperation. Sie vereinbaren gemeinsame Zielsetzungen, deren Fortschritte gemessen werden können. Mit der OMK soll auch ein Prozess des gegenseitigen Lernens angestoßen werden. Das heißt Mitgliedstaaten können und sollen von den Fehlern und Erfolgen anderer Mitgliedstaaten lernen.

Hält die Kommission oder der Rat es für vorteilhaft, in Politikbereiche einzugreifen, in denen die EU keine Kompetenzen hat, bietet sich der Einsatz dieser Methode an. Die OMK beschränkt sich nämlich auf so genanntes "Soft Law", d.h. es handelt sich lediglich um unverbindliche Empfehlungen und Leitlinien der Kommission an die Mitgliedstaaten. Auf verbindliche Rechtsakte kann somit verzichtet werden. Der Erfolg steht und fällt also mit der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, sich an die Empfehlungen zu halten oder nicht.

Die OMK wurde im Jahre 1993 vor dem Hintergrund einer steigenden Arbeitslosigkeit in Europa eingeführt, da es als hilfreich angesehen wurde, Maßnahmen auf europäischer Ebene zu koordinieren. Seitdem wurde die Methode auf weitere Politikbereiche ausgedehnt. Schwerpunkt ihres Einsatzes blieb allerdings bis heute die europäische Sozialpolitik.

Newsletter aus Europa No. 16 (Februar 2011)

## Kontakt & Impressum

### Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP  
60, rue Wiertz, ASP 10G146  
B-1047 Brüssel, Belgien  
Tel.: +32 2 28 45573  
[nadja.hirsch@europarl.europa.eu](mailto:nadja.hirsch@europarl.europa.eu)  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff  
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich  
CULT-Ausschuss: Nina Elzer  
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an [nina.elzer@europarl.europa.eu](mailto:nina.elzer@europarl.europa.eu)

### Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München  
Kontaktperson: Claudia Kunze  
Rindermarkt 6, D-80331 München  
Tel.: +49-89-126009-22  
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg  
Hallplatz 15-19  
D- 90402 Nürnberg

[wahlkreis@europahirsch.eu](mailto:wahlkreis@europahirsch.eu)  
[www.europahirsch.eu](http://www.europahirsch.eu)